

AhD - PRESSE - INFO

Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst (AhD)

53173 Bonn, Rheinallee 18 - 20

Vorsitzender: Dr. Horst Günther Klitzing

Geschäftsführer: RA Ulrich Güther, MDirig a. D.

Tel.: 02 28/90 26 66 6 Fax: 02 28/90 26 68 0

Internet: www.hoehererdienst.de

E-Mail: ahd@hoehererdienst.de



Bonn, 10. Juli 2013

Diskriminierung des höheren Dienstes durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Zu der heutigen Verabschiedung des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2013/2014 im nordrhein-westfälischen Landtag erklärt die Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst:

Die Landesregierung, voran Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans und Innenminister Ralf Jäger, und die sie tragenden Fraktionen von SPD und Grünen begeben sich auf verfassungswidrige Abwege, indem sie Beamtinnen und Beamte höherer Besoldungsgruppen gänzlich von einer Anpassung der Besoldung und Versorgung für zwei Jahre abschneiden und Besoldungsgruppen von A 11 und A 12 mit einer Anhebung von je 1 % in den Jahren 2013 und 2014 abspeisen. Verfassungsrechtler sprechen von einem eindeutigen Grundgesetzverstoß. Hier missbraucht die Landesregierung das Streikverbot der Beamtenschaft auf höchst unfaire Art. Die Leistung insbesondere des höheren Dienstes, der in den Verwaltungen des Landes und der Kommunen, in Bildung und Wissenschaft und in der Justiz die zentrale Verantwortung trägt und sicherstellt, dass die staatlichen Aufgaben zuverlässig und in größtmöglicher Qualität erbracht werden, wird missachtet und mit Füßen getreten. Ist Ziel der Benachteiligung wichtiger Teile der Beamtenschaft eine Entbeamtung durch die Hintertür? Es wäre bloßer Zynismus, wenn die Landesregierung glaubt, bis zu einer verfassungsgerichtlichen Aufhebung des Gesetzes genug Haushaltsmittel eingespart zu haben und von Nachzahlungen verschont zu werden. Einsparpolitik im Landeshaushalt kann nicht mit Sonderopfern der höheren Beamten geleistet werden.

Dr. Horst Günther Klitzing, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst, erklärt dazu:

Die einseitige Benachteiligung wichtiger Teile der Beamtenschaft durch die rot/grüne Landesregierung ist ein schwerwiegender Loyalitätsverstoß. Nicht nur die Landesregierung kann von ihren Beamten loyales Verhalten einfordern, auch diese von der Landesregierung. Loyalität im Berufsbeamtentum ist keine Einbahnstraße. Besoldung und Versorgung dürfen nicht zur Gratifikation von der Landesregierung Gnaden verkommen. Wir begrüßen, dass die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen gegen das Gesetz Verfassungsklage erheben werden.

Die Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst (AhD) ist ein Zusammenschluss der rd. 125.000 Mitglieder der nachgenannten Verbände:

Deutscher Philologenverband e.V. (DPHV), Deutscher Hochschulverband (DHV), Bundesverband der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (BVHD), Verein Deutscher Bibliothekare e.V. (VDB), Führungskräfteverband Telekom und Post (VTP), Bundesverband der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst e.V. (BLC), Vereinigung der technischen Mitglieder des Deutschen Patentamtes - Prüfervereinigung - e.V., Bundesverband der Apotheker im öffentlichen Dienst e. V. (BApÖD), Verband Deutscher Meteorologen e.V. (VDM)